Deutscher Bundestag **Drucksache 16/8534**

16. Wahlperiode 12. 03. 2008

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Renate Künast, Ulrike Höfken, Cornelia Behm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/7709 –

Gesundheitscheck der europäischen Agrarpolitik – Mit Klimabonus zu Klimaschutz, guter Ernährung und nachhaltiger Entwicklung

A. Problem

Die steigende Nachfrage nach gesunden Lebensmitteln und Energie bei gleichzeitiger weltweiter Verknappung der Rohstoffe, des fruchtbaren Ackerlandes und des Wassers sowie die ansteigende Bedrohung durch den Klimawandel verlangen eine umgehende Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik. Angesichts von 11 Prozent Treibhausgasemissionen durch die europäische Landwirtschaft müssen endlich Klima- und Biodiversitätsschutz zur Bedingung der Agrarförderung gemacht werden. Auch müssen insbesondere die Versorgung der Menschen mit ausreichend preiswerter und guter Ernährung, der Erhalt von Arbeitsplätzen und Einkommen in den ländlichen Regionen sowie die Beachtung sozialer Gerechtigkeit zielstrebig in den Fördersystemen wie auch den ordnungspolitischen Maßnahmen europäischer Agrarpolitik verankert werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/7709.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/7709 abzulehnen.

Berlin, den 5. März 2008

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ulrike Höfken Vorsitzende und Berichterstatterin	**Marlene Mortler** Berichterstatterin	**Waltraud Wolff (Wolmirstedt)** Berichterstatterin
	Hans-Michael Goldmann Berichterstatter	**Dr. Kirsten Tackmann** Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Marlene Mortler, Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Hans-Michael Goldmann, Dr. Kirsten Tackmann und Ulrike Höfken

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/7709** in seiner 136. Sitzung am 17. Januar 2008 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit ihren am 20. November 2007 vorgelegten Vorschlägen zur Gesundheitsüberprüfung der europäischen Agrarpolitik setzt die Europäische Kommission die Agrarreform von 2003 konsequent fort und schlägt die richtige Richtung hin zu einer zukunftsfähigen Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ein. Der Vorschlag der Europäischen Kommission, die globalen Herausforderungen Klimaschutz, Wassermanagement und Erhalt der Biodiversität in die GAP zu integrieren, wird als Schritt in die richtige Richtung begrüßt, der allerdings nicht weit genug geht.

Die steigende Nachfrage nach gesunden Lebensmitteln und Energie bei gleichzeitiger weltweiter Verknappung der Rohstoffe, des fruchtbaren Ackerlandes und des Wassers sowie die ansteigende Bedrohung durch den Klimawandel verlangen eine umgehende Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik. Angesichts von 11 Prozent Treibhausgasemissionen durch die europäische Landwirtschaft müssen endlich Klima- und Biodiversitätsschutz zur Bedingung der Agrarförderung gemacht werden. Auch müssen die Versorgung der Menschen mit ausreichend preiswerter und guter Ernährung und sauberem Wasser, die Bekämpfung von Hunger und Armut sowie der Erhalt von Arbeitsplätzen und Einkommen in den ländlichen Regionen zielstrebig in den Fördersystemen wie auch den ordnungspolitischen Maßnahmen europäischer Agrarpolitik verankert werden. Ebenso muss sich der mit Blick auf die steigende Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten vollziehende ökonomische Wandel in der Weiterentwicklung der GAP niederschlagen.

Die Bundesregierung soll daher im Wesentlichen aufgefordert werden, die Vorschläge der Europäischen Kommission zum Gesundheitscheck dem Grunde nach zu unterstützen und sich bei den Verhandlungen dafür einzusetzen, dass

1. zur Steigerung der ökologischen Effizienz für Klimaschutz und Ernährungssicherheit
   - Klimaschutzreduktionsziele für den Ernährungs- und Agrarbereich beschlossen werden;
   - ein Klimabonus, der die Leistungen besonders klimafreundlicher Bewirtschaftungssysteme vergütet, eingeführt wird und gleichzeitig die allgemeinen Direktzahlungen zu einer sogenannten Basisprämie abgesenkt werden;
   - eine weitere Qualifizierung der ersten Säule in den Bereichen Klima-, Umwelt-, Natur- und Arbeitsschutz vorgenommen wird, indem Cross Compliance als Instrument zur Durchsetzung von ökologischen und sozialen Mindeststandards weiterentwickelt wird;
   - alle Förderansätze der ersten und zweiten Säule, die klimaschädliche Auswirkungen haben, eingestellt werden;
2. zur Stärkung der ländlichen Räume und zur Sicherung von Arbeitsplätzen
   - mittels Berücksichtigung des Arbeitskraftbesatzes der Betriebe ein qualitatives anstelle eines quantitativen Degressionsmodells installiert wird;
   - die zweite Säule zwecks Planungssicherheit und Gewährleistung guter ländlicher Entwicklungsbedingungen strukturell reformiert wird und neue differenzierte Kofinanzierungsregeln erhält;
3. zur Förderung von Umwelt-, Natur- und Tierschutz sowie Biodiversität
   - das Angebot an Agrarumweltmaßnahmen und die Förderung für ökologische Landwirtschaft in der zweiten Säule deutlich verbessert werden;
   - verpflichtende Programme für Naturschutz und Biodiversitätssicherung und zur Förderung gentechnikfreier Regionen geschaffen werden;
   - eine wirksame Bodenschutz- und Pestizidrichtlinie auf europäischer Ebene verabschiedet wird;
4. zur Verbesserung der Lebensmittelsicherheit und der Tierseuchenbekämpfung
   - die Förderung von Systemen zur Qualitätssicherung, Kontrolle, Ökokontrolle, Zertifizierung und Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln und der Tierhaltung im Rahmen der zweiten Säule verbessert wird;
   - artgerecht gehaltene, bäuerliche Tierbestände im Sinne der Infektionsprävention verstärkt unterstützt werden;
5. zur Etablierung fairer Handelsbedingungen alle handelsverzerrenden Exportsubventionen der GAP unabhängig vom Fortgang der WTO-Verhandlungen spätestens bis 2013 abgeschafft werden;
6. zur Folgenabschätzung und Transparenz
   - auf nationaler und europäischer Ebene eine klimapolitische, ökologische, ökonomische und soziale Folgenabschätzung verschiedener Modelle für die Weiterentwicklung der GAP erstellt wird;
   - die Transparenzrichtlinie der EU sofort national umfassend umgesetzt wird.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 16/7709 in seiner 63. Sitzung am 20. Februar 2008 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Vorlage auf Drucksache 16/7709 in seiner 78. Sitzung am 5. März 2008 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage auf Drucksache 16/7709 in seiner 55. Sitzung am 20. Februar 2008 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 16/7709 in seiner 54. Sitzung am 5. März 2008 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat die Vorlage auf Drucksache 16/7709 in seiner 72. Sitzung am 5. März 2008 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, dass der Antrag die falsche Zielsetzung verfolge und auch inhaltlich nicht richtig sei. Daher lehne man diesen ab. Er präferiere staatliches Regelwerk vor Eigeninitiative und Wirtschaftlichkeit. Problematisch sei insbesondere der vorgeschlagene, aber sich ineffizient auswirkende Mitteltransfer von der ersten in die zweite Säule. Die positive Entwicklung der landwirtschaftlichen Märkte verdeutliche, dass die Investitionstätigkeit sowohl in der Landwirtschaft als auch im vor- und nachgelagerten Bereich enorm angestiegen sei. Zudem seien Arbeitsplätze geschaffen und seit vielen Jahren erstmals wieder ein Anstieg der Zahl der Ausbildungsplätze erreicht worden. Dies zeige, dass die Mittelverwendung in der Branche die größere Hebelwirkung habe. Angesichts der sich ändernden europäischen Agrarpolitik und der WTO-Verhandlungen müsse die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft auch über das Jahr 2013 hinaus erhalten bleiben. Zudem benötige sie auch mit Blick auf langfristig ausgerichtete Investitionen weiterhin Verlässlichkeit. Ansonsten würde Kapital vernichtet werden. Deshalb erachte man die gegenwärtige soziale und arbeitsplatzfördernde Politik für die richtige.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, dass die im vorliegenden Antrag formulierten Forderungen, wie klimaschonende und tierschutzgerechte Landwirtschaft, sachgerechtes Wassermanagement und Ausbau der zweiten Säule, in die richtige Richtung gingen. Der Antrag lasse jedoch eine Definition von Zielen und Maßnahmen sowohl für große als auch für kleine Betriebe vermissen. Dies sei jedoch auch mit Blick auf die auf europäischer Ebene gewünschte Akzeptanz der Finanzierung der deutschen Landwirtschaft erforderlich. Kritisch werde ebenfalls die Vernachlässigung großer Betriebe gesehen. Diese vornehmlich in Ostdeutschland anzutreffenden Betriebe arbeiteten oftmals umwelt- und tierschutzgerechter als die im Antrag favorisierten. Deshalb sollten tierschutz- und umweltgerechte Leistungen erbringende Betriebe unabhängig von ihrer Betriebsform eine Leistungsbelohnung erhalten. Der Antrag stelle die ganze Entwicklung der ländlichen Räume in weiten Teilen Deutschlands auf den Kopf. Dies sei nicht gewünscht. Deshalb werde man dem Antrag nicht zustimmen.

Die **Fraktion der FDP** befand, dass der vorliegende Antrag unausgegoren, widersprüchlich und missverständlich sei. Deshalb werde man diesem auch nicht zustimmen. Er zeige allerdings deutlich die im Rahmen des Gesundheitschecks vorgesehene Umschichtung von Mitteln aus der ersten in die zweite Säule auf. Dies werde man nicht mittragen. Vielmehr wolle man Verlässlichkeit und Planungssicherheit bis 2013/2015. Dies habe die Politik den Betroffenen auch versprochen. Die Anpassung finanzieller Mittel an Arbeitskräftebesätze dürfte sich als schwierig gestalten. Voraussetzung hierfür sei eine Definition und Bewertung der Arbeitsintensität für unterschiedliche Regionen und Produktionsausrichtungen. Gleichermaßen kompliziert dürfte angesichts heterogener Regionen und der damit verbundenen Besonderheiten die Neuzuordnung von Fördermitteln im Bereich klima- und umweltfreundliche Landwirtschaft sein. Vielmehr wolle man Klimaschutz durch effiziente Landwirtschaft erreichen, was ebenfalls eine diesbezügliche Definition voraussetze. Auch die im Antrag geforderte Absenkung der Direktzahlungen auf sogenannte Basisbeihilfen und die Gewährung eines Klimabonus erforderten zunächst eine – nationale und internationale – Definition, was unter einem ökologischen Betrieb zu verstehen sei.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erläuterte, dass man dem Antrag nicht zustimmen werde. Mit der stärkeren Ausrichtung der Förderung auf soziale und ökologische Förderwirkungen greife er zwar ein wichtiges Thema auf. Allerdings sei eine solche grundsätzliche Diskussion in den Jahren 2008/2009 zu früh. Angesichts der erst im Jahre 2005 getroffenen diesbezüglichen Entscheidung benötige man zunächst kontinuierliche Arbeitsbedingungen, insbesondere auch für ostdeutsche landwirtschaftliche Betriebe. Abzulehnen sei auch das geforderte Degressionsmodell. Es trage weder dem Aspekt der Verlässlichkeit noch den besonderen Bedingungen Ostdeutschlands Rechnung. Für falsch halte man ebenfalls den aufgezeigten Weg über die Modulation. Hier sei zu fragen, ob die insbesondere auf Modulationsmittel angewiesen Länder die Kofinanzierung stemmen könnten und wie die Verteilung in Europa aussehe. Den geforderten Klimabonus unter dem Schlagwort „Ökobetriebe“ erachte man als zu einseitig. Vielmehr sei eine generelle Klimaschutzforderung unabhängig von der Betriebsform anzustreben.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** legte dar, dass der Antrag aktuelle Herausforderungen im Rahmen der europäischen Agrarpolitik beschreibe, etwa im Bereich Verteilungsgerechtigkeit. Aus ihrer Sicht führte die letzte Reform u. a. zu einer gewissen Übervorteilung der Ackersysteme gegenüber der Tierhaltung. Hinsichtlich flächenstarker Betriebe sei anzumerken, dass diese nicht über die Wert-

schöpfung und Arbeitskraft verfügten, um gesellschaftliche Leistungen zu rechtfertigen. Vielmehr solle die Höhe der Direktzahlungen von der Anzahl der Arbeitskräfte abhängig gemacht werden. Des Weiteren fänden Klimaschutzaspekte bisher noch keinen Niederschlag in der europäischen Agrarpolitik. Ziel sei es daher, die Agrarpolitik bei den Klimaschutzreduktionszielen zu berücksichtigen. Ferner seien sowohl der Ökolandbau als auch die ökologische Zusatzleistungen erbringende konventionelle Landwirtschaft im gegenwärtigen System nicht enthalten. Daher sei man der Auffassung, die von diesen Betrieben erbrachten gesellschaftlichen Leistungen mit einem Bonus stärker zu vergüten. Generell sollten ökologische Leistungen die Hauptaspekte für die Gewährung staatlicher Mittel darstellen. Bei der Bemessung der Degression solle der Faktor Arbeit als ein sozialer Aspekt miteinbezogen werden. Im Rahmen von Cross Compliance sei die Berücksichtigung des Arbeitsschutzes ein weiteres wichtiges Anliegen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag auf Drucksache 16/7709 abzulehnen.

Berlin, den 5. März 2008

Marlene Mortler
Berichterstatterin

Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
Berichterstatterin

Hans-Michael Goldmann
Berichterstatter

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Ulrike Höfken
Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333